

Besitzungs-Preis

Bei der Besitzungszeitung über den im Stadtgebiet und den Vororten errichteten Hochgebäuden abgesetzt; vierstündig 4.50, bei zweimaliger täglicher Auflösung ins Jahr 4.00. Durch die Zeit besitzt die Bevölkerung und Gewerbe; voraussichtlich 4.00. Einzelne tägliche Ausgabenbelastung ins Maximum; monatlich 7.00.

Die Morgen-Ausgabe erhältlich 5.70, die Nachts-Ausgabe 5.00.

Redaktion und Expedition:

Johanniskirche 8.

Die Expedition ist wochentags zweimaliges geöffnet von früh 8 bis spät 7 Uhr.

Filialen:

Otto Stumm's Sortiment (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1.

Carls Böhl.

Katharinenstr. 14, zeit. und Ritterstr. 2.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 436.

Montag den 27. August 1894.

Bestellungen auf Reiseabonnements

nimmt entgegen und führt für jede beliebige
Zeitdauer aus

die Expedition des Leipziger Tageblattes,
Johanniskirche 8.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Gewerbe-Kammer zu Leipzig hat beschlossen, zur teilweisen
Dekret das Verwaltungsaufbaus für das laufende Jahr auf
jedem Markt des für das Einkommen in Spalte 3 des Einommen-
steuer-Buchstabs (Einkommen aus Handel und Gewerbe) entfallenden
Steuerbezugs

einen Zuschlag von 2 Pfennigen

ertheilt zu haben.

Dieser Zuschlag, welcher mit dem auf den 30. September d. J.
fallenden Gewerbe-Jahre der sozialen Einkommenssteuer erhoben
werden soll, ist von der Kammer-Gewerbe-Kammer wahrnehmungsfähiges
Vertreter des Kammerbezirks Leipzig, Sachsen-Anhalt, Thüring-
land und die zur Königl. Antwerpenerhöhung Leipzig ge-
hörenden Landkreise, deren bezügliches Einkommen 800.-
übertragen zu entschließen.

Leipzig, den 19. August 1894.

Die Gewerbe-Kammer.

D. A. Oehler, Vor. Herzog, Secr.

Bekanntmachung.

Unbekannter, der sich Kaufmann Müller aus Leipzig genannt,
hat sich am 3. August dieses Jahres Redaktion auf einem, dem
Schloss Rosseburg in Thüringen befindlichen (Rosse) mit
Unterstützung eines Wissenschaftlers im Werthe von 800.- angestellt um darauf
seinen historischen Nachschluss zu fassen, von ihm entfernt
und wieder zurückzufinden. Seine Spur reicht bis Stadt Erfurt
und Buchardshausen-Schmiede.

Belohnbare Auszeichnung des Meisters:

Auf der Befragung die Kaufmann Müller aus Leipzig genannt,
steigt Klängt am 27. August 1894, welche mit dem auf den 30. September d. J.
fallenden Gewerbe-Jahre der sozialen Einkommenssteuer erhoben
werden soll, ist von der Kammer-Gewerbe-Kammer wahrnehmungsfähiges
Vertreter des Kammerbezirks Leipzig, Sachsen-Anhalt, Thüring-
land und die zur Königl. Antwerpenerhöhung Leipzig ge-
hörenden Landkreise, deren bezügliches Einkommen 800.-
übertragen zu entschließen.

Signalement des Unbekannten:

Mitte 27 bis 30 Jahre, sehr übermäßig, Statur kräftig, hager,
Gesicht, dunkelblau, Haar und Augenbrauen schwarz; befürdet
Kleidung: ein Hüttelkopf zwei längliche entblößte Stullen, Sporen
durchdrückt, gefüllt mit grauem Stoffstück, langes, unter mit
kleinen zusammenhängenden Hosen und langerem Hut. Wacht
seiner Hände nach dem Ende eines Hüttels oder Mantels.

Er wird leicht, im Betriebsgewiss des Unbekannten zu verbergen
und den nächsten Geschäftsgang absolvieren. Mitteilungen,
welche zur Erkennung des Meisters führen können, sind er die
unterschiedliche Größe zu richten.

Chemnitz, den 24. August 1894.

Räumliche Staatsanwaltschaft.

Dr. A. Ma. 34/94 II 401.

Der unteren 25. Juli er. gegen den Kaufmann Albert Glas
aus Leipzig erlassene Verordnung ist erledigt. X. 2. 14/94.

Magdeburg, den 23. August 1894.

Der Erste Staatsanwalt.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 26. August.

In diesen Herbstmonaten veranstaltet fast alle großen
Parteien, die Nationalliberalen und die freisinnigen,
das Centrum und die Sozialdemokraten große, auf
ganz Deutschland bereckte Parteitage. Bei allen diesen

Versammlungen wird es zu zahlreichem Besuch und an
vielen Orten nicht fehlen. Es mag auch sein, daß auf die
gegenwärtigen inneren Verhältnisse mancher Parteien und
auf ihre Stellung zu den großen Zeiträumen manches Licht
wird. Mit besonderer Spannung darf man den heutigen
beginnenden Parteitag des Centrums in Köln ent-
gehen. In der Partei sind in neuester Zeit
wieder starke innere Gegensätze hervorgebracht, namentlich
der alte Unterschied zwischen einer mehr conservativen und
einer mehr progressiven Richtung. Ein neuer Führer, der
Bayer Dr. Oetker, der allerdings jetzt dem Reichstag nicht an-
gehört, erscheint auf der Bühne. Bei wichtigen Gele-
genheiten der Gegenwart im Reich ist die Sichtung des
Centrums von entscheidender Bedeutung, da es aber
noch unklar und offenbar längst vielfach
die Gegenstände wieder einander an. Auch den Parteitag der
Sozialdemokraten in Frankfurt wird man mit Interesse
beobachten dürfen. Auch wird diese Partei gegen die
Gegensätze persönlicher und prinzipieller Art. Eine mehr
positive und eine vollkommen negative Richtung läuft
gegenseitig einander an. Es ist bezeichnend, daß der Vertreter der
ersten, o. Bismarck, auf dem Parteitag befindet ist in dem Vorder-
grund zu treten bestimmt ist, während sich die alten Führer, die
Liebknecht, Bebel, Singer, wieder vollkommen präsentieren.
Die Parteileitung hat im jüngster Zeit Maßnahmen begonnen,
was sie auch von vielen Gelehrten zum Vorwurf gemacht
wird; sie hat lebenswichtig immer geschickt und erfolgreich
operiert. Da wird es an sozialen Auslandserhebungen nicht
fehlen. Der Verlauf freisinniger Parteitage pflegt
sehr heftige Überraschungen zu bringen. Zu unmittelbar und
fest wie wiederholend sind Programm, Methoden und auch
die Reden dieser stets vereinigten Partei. Vielleicht
wird sich die einer aktiveren Socialpolitik unter Beibehaltung
des Staates geneigte Richtung gegenüber den alten Vertretern
des starken "Mannskeprinzip" etwas geltend machen,
wir wird dabei nicht berankommen; auch hier kann die Partei
nicht auf ihrer Partei beruhen. Der nationalliberale
Parteitag in Frankfurt endlich verspricht einen günstigen
Ausgang. Bereits in zahlreicher Weise und die Anwesenheit
berverringernder Parteigenossen angemeldet. Um die Auseinandersetzung
über innere Gegensätze kann es sich nicht handeln.
Solche sind nur in einigen wirtschaftlichen Fragen vorhanden,
bei denen die Partei zu allen Seiten freiheit der Überzeugung
gelten ließ und jetzt zwangspurig geworden ist. Der Parteitag wird
sich in vollster Übereinstimmung über die großen Freiheitsfragen
ausspielen; er wird nur über gesetzliche Aussetzung und
Grenzübergang in diesen schweren Seiten stehen. Nur von
einem conservativen Parteitag hat noch nicht verkündet.
Die inneren Verhältnisse in dieser Partei machen es allerdings
erklärt, wenn man gegenwärtig von großer Partei-Aus-
landserhebung absieht.

Das "Berliner Tageblatt" hat den Programmen im vor
der freisinnigen Volkspartei als pfeilschnell bezeichnet. Wir
kommen mit diesem Urteil vollkommen überein, wir erwarten
es aber darin, daß überhaupt die Parteileitung ein
Charakteristikum für unsre Freiheitspartei ist, insbesondere
wenn es sich darum handelt, gegenüber irgend einem positiven
Vorstellungen, was er nun von der Regierung oder von einer
eingehenden Partei ausgeht, den Vorwand für ein "Nein" zu
finden. Diese Einsicht drängt sich uns wieder auf, als vor
einem längeren Artikel der "Wochischen Zeitung" über die
Möglichkeit einer Witterungsänderung eines Auswanderungs-
gefechts. Noch weiß Niemand, ob die zu erwartende
Vorlage dem bereits einmal vorgelegten Entwurf ähneln
würde, noch ahnt man nicht, was er enthalten wird,
aber das freisinnige Organ möglicherweise bereit ist auf
alle Fälle. Dennoch ist sich doch darum, daß der
Staat helfen soll, und daß es in einem solch freisinnigen
Gemüth immer ein größeres Gerantheit. Daraus ist man ja
gewohnt; aber es ist wahrhaft trostlos, mit welch billigen
Abrasen ein großer Gedanke abgetan wird. "Wir verkennt
Niemand das Recht, das Vaterland zu verlassen, noch
weniger aber muttern wir ihn dazu an", meint das fre-

sinnige Blatt. Wenn es nun aber eine soziale Notwendigkeit
ist, daß ein Arbeit für die überschüssigen Arbeitskräfte
geschaffen wird? Wenn nun die steigende Zahl der Arbeits-
lose eine Gefahr für die Friedensordnung, Ruhe und Ordnung
im Vaterlande ist? Soll dann der Staat mit verhinderten
Armen pfeilen oder soll er nicht vielmehr Abhilfe
suchen? Wenn unter freisinnige Preise ein etwas
stärkeres Verantwortungsgefühl für die Entwicklung unserer
Gesellschaft hätte, dann würde sie etwas weniger leicht-
berzig über die Gefahren, die dem Staat drohen, hinweg-
sehen. Das freisinnige Blatt meint sonst weiter, daß der
Staat, selbst wenn er es wollte, nicht für die Auswanderer
kommen kann, denn jedes Auswanderer der fremden
Stadt betreibt hat, hört für den Staat Recht, Pflicht und
Möglichkeit auf, ihm weiter zu helfen", und "Die Staat-
grenze bildet die Schranke des Staatsgebiet". Das Recht
des Staates, die Angehörigen des Vaterlandes zu fören,
und wenn sie es verlassen, wird von Niemandem bestritten
werden können, insbesondere wenn der Auswanderer die
deutsche Staatsangehörigkeit behält. Aber selbst wenn er das
nicht tut, so kann ihm im dem Beginn der Ausbildung im
fremden Lande der Heimatstaat — sei es durch Versetzung
seiner regulären diplomatischen Vertreter, sei es durch beständige
drei Monate angestellte Vertreter — verhindern
förderlich sein, ohne daß der fremde Staat das Recht der
Einmischung hätte. Im Übrigen aber wird dieser Staat
meist sehr darüber sein, wenn von anderer Seite dafür
gefordert wird, daß die Kolonien vorwärts kommen und da-
zu stetig weiterhören werden. Wenn dabei der Heimatstaat
der Gedanke maßgebend ist, daß die Kolonien einen gewissen
wirtschaftlichen und politischen Nutzen gewinnen sollen,
so werden die Mutterländer wieder zugute führen, so ist das
eigentlich der freie Staat mag ja sehen, ob er die Kolonisten zu
diesen Zwecken einsetzen kann. Wenn der Artikel der
"Voss. Zeitg." am Schlusse ihres Artikels sagt: "Wenn die
Deutsche leicht in freiem Nationalstaat aufgehen, so
mag das bedauern und verhindern, durch Wohnung oder
Überredung Wandel zu schaffen, aber nicht auf dem Wege
des Gesetzes", so ist das, streng genommen, nicht freisinnig,
sondern reactionär, denn es will an die Stelle einer ge-
eigneten Entwicklung des Staates die Beamtenwillkür setzen.

Alle Berichte über die Reise der niederländischen
Nobelpriwinnen nach England stimmen darin überein, daß der
Empfang seitens der Bevölkerung der deutst verhindert war
und den überzeugenden Beweis für die unveränderte Fort-
dauer der Vollständigkeit des britischen Königshauses und
der menschlichen Gedanken überhaupt erbracht hat. Von
sozialdemokratischen und anarchistischen Seite ist ja seit Jahr
und Tag das Ereignis verhöhnt worden, in Holland eine
revolutionäre Gegenbewegung zu erzeugen — mit welchen
Folgen, zeigt die Thatprobe, daß das Volk die Dynastie
so ist sie sich an die Öffentlichkeit wagten, auf das
Nachdrücklichste und, wenn gewünscht, auch unter Aus-
weitung von Gewalt in ihre Schranken zurückdrängt, dergestalt
daß jetzt die Bewegung in ihren letzten Jüngern liegt. Die
Niederländer sprechen in Ausdrücken der höchsten Anerkennung
von dem seinen Tact und der politischen Geschicklichkeit, sowie
mit dem Königl. Regierung die Regierung des Landes führt
und die Erziehung des jungen Souveräns leitet. In den
Verhältnissen des Volkes zu den Trägern der Krone kommen
Vater und Herz gleichzeitig zu ihrem Rechte, und dieser
Vaterland hat den monarchischen Empfindungen in den Nieder-
ländern eine Stärke verliehen, welche alle subversiven Agi-
tationen im Vorhinein zur Unmöglichkeit verurteilt.

Die sozialistische Partei der französischen Kammer
hat vor Schluß der Sessien folgenden Gedenktour bet-
riebe. Dienstpflicht der Orteinstanten eingetragen:

Artikel 1. Junge Leute, welche natürlich die Wahl gestellt,
die Wahl als Freizeit abspielen oder in Freizeit zu nutzen,
sind verpflichtet, drei Jahre in französischen Herren zu dienen, wenn
sie für die französische Staatsangehörigkeit eintreten.

Artikel 2. Niemand kann die Naturalisation als Franzose erlangen,

der als tauglich zum Heere Dienst sich beweisen im Krieg ent-
wickelt hat, wobei er sich nicht noch in einem Alter befindet, in
und wobei er sich nicht dazu bereit erklärt.

Der Artikel des Antrages ist vor Allem wirtschaftlicher
Nature; er will der sozialen Konkurrenz den Ausländern,
welche überhaupt keinen Heere gelebt haben und auch
keinen leisten wollen, auf dem französischen Arbeitsmarkt
steuern und einen starken Schutz auf die ausländische
Arbeit zu Gunsten der einheimischen, und zwar in Gestalt
einer Naturalisierung, das heißt der Ableistung des Militärs,
im Sinne oder Auslande legen. Es sollen für französische
und fremde Arbeiter gleiche Bedingungen hergestellt
werden. Den Antrag zu dem gezeigten Artikel Gedanken
hat die Thatsache ergeben, daß sich in Frankreich sehr zahl-
reiche junge Belger, Italiener, Spanier, vor allem Engländer
und Amerikaner und andere Angehörige des Deutschen Reichs
befinden, welche ihr Heimatland lediglich in der Absicht ver-
lassen haben, sich dem dortigen Militärdienst zu entziehen,
aber auch in Frankreich nicht dienen wollen. Es soll nun
verbürgt werden, daß der französische Arbeiter durch Er-
füllung der höheren staatsbürglichen Pflicht, des Dienstes
in Herre, Sicherheit gewährt werde als der plausibleren
Ausländer, welcher sich in dem Arbeitsplatz des Fran-
zösischen Dienstes einzustellen, während letzter unter den Nahen steht,
wo er sich leicht findet, wenn er aus der Kaiserin kommt. Der
Gesetzesantrag findet in der französischen Preise Verfall
und Unterdrückung, und auch deutscherseits ist davon nichts
eingewandt, ja man kann nur beweisen, daß der Franzose
jetzt ein leicht darüber aufsteigt, wie wenn Vorher dem
Vater die bisherige Sicherheit aufnahme der Ausländer aus
dem Elfen und Vögeln gebracht hat. Von der reich-
ländischen Preise ist das den Chauvinisten in Frankreich oft
genug gesagt worden.

Gestern ist das englische Parlament geschlossen
worden, und zwar nach einer nahezu achtstündigen
Tagung, der längsten, welche die englische Volksvertretung
in diesem Jahrhundert erlebt hat. Der in das Jahr 1893
fallende Abstand stand aufdringlich unter dem Zeichen
der Gladstoneschen Home-Rule-Bill, welche der Premier am
13. Februar im Unterhaus einbrachte. Am 21. April war
die zweite Abstimmung, d. h. General-Debatte, beendet, am 6. Juli
die Einberufung mittels des "Guillotine"-Verfahrens,
welches Gladstone als Parlamentarier in wenig günstigstem
Lichte erscheinen ließ, ergebnis, am 1. September
die dritte Abstimmung, d. h. General-Debatte, beendet. Hatte
Gladstone im Unterhaus für die verschiedenen Beratungs-
Stunden seine Verteilungsvorlage nur reduzierte Mehrheiten zu
erzielen gewußt, so war die Majorität, womit am 9. Septem-
ber das Oberhaus die Home-Rule-Bill schließlich bestätigte,
um so impfanter: 419 gegen 41 Stimmen. Damit war
Gladstones erster Traum aufgezähmt, Home-Rule begraben,
und tatsächlich ist in dem vierjährigen Gesetzabstand kein
einfacher Wiederlebungsversuch gemacht worden. Auch dieses
Jahr hat das Liberalen einen irischen Sieg erzielt: die
Abstimmung des Bill zu Gunsten der ausgetriebenen irischen
Pädester im Oberhaus. Aus diesen Wiederlagen, welche die Verteil-
ung zwischen Gladstones über Partei bereitet, schwört die
irischen Pädester Gladstones über Partei bereitet, schwört die
die Oberherrschaft, welche die nächsten Parlamentswochen
deutschlichen Partei, ihre Lebenskraft. Das Hauptereignis
dieses Jahres, der Anfang März erfolgte Rücktritt
Gladstones und die Übernahme der Staatsgeschäfte durch
Lord Rosebery, hat die parlamentarischen Arbeiten wesentlich
beeinträchtigt. In den ersten Monaten des Regierungsjahrs
gewährte das System schnell die Gladstones Wehr-
heit, welche der neue Premier ohnehin sehr vermieden
übernommen, noch mehr zusammen und füllen in folge
der Bestand des Kabinetts, für dessen parlamentarische
Kräftigung der Schatzkanzler Harcourt sich ununterbro-
chene Verdienste erworben, mehrheitlich erarbeitet. Der größte
Geschäftserfolg des Schatzkanzlers Harcourt ist jedoch
dass mit dem Namen Harcourt verbündet. Nach diesem Kern-
punkte des Newcastler Fortschrittsprogramms haben noch

solchen die Meister nach der Leipziger Ordnung 14 Tage
vor der Weise und während denselben über die geplante
Maximalzahl hinaus beobachtet wurden, und er dann auf
alle Gesetze ausgetragen. Außerdem wurde noch 1674
bestimmt: "Doch keiner, es sei, wer er wolle, und insonderheit
wer der regierende Obermeister noch Gesellen, Vater, für
gezogen oder übergegangen werde", aber schon 1679 findet sich
in einer neuen Ordnung des Zug: "Der Vater aber, so er
seinen Gesellen in seiner Werkstatt hat, soll macht haben,
dem ersten ankommanden arbeit zu geben." Demselben Vor-
zug hatte derjenige Meister, aus dessen Werkstatt eine Waffe
war, wie das allgemeine Sumpfgebräuch war, einen Gesellen
die Werkstatt zu übernehmen, und der dann wieder verlangte, wurde
bestimmt: "Wer die Werkstatt zu übernehmen will, soll
die Werkstatt ausführen, und nicht zu sehr darunter leben mögen, so ist
der Meister, welcher ihm zwei Gesellen auf der Werkstatt hat, von
ihm zu verlangen, daß der zweite Geselle jedem Meister
gleichzeitig und doppelt eine halbe gleichzeitige miete gehalten
werde."

Das ist so übereinstimmend gleichmäßig in allen Buch-
druckereien geregelt, daß es nicht üblich erscheint, hier
einzelne Artikel besonders auszutragen. Sollte in der Zeit
als die Staatsgewalt die meisternen Kunstschriften schon sicher
erstellen habe, nicht man an dieser Umstau zunächst noch
eine Art. VII. des Braunschweiger Generalregulierungs von 1734:

"Zugger ist einem jeden Meister erlaubt sein, so viel Gesellen
zu halten, und Jungen einzunehmen, ob er zur Herstellung keine
Arbeitsmacht hat. Dann aber gleichwohl doppelt, sofern
der Meister, welcher ihm zwei Gesellen auf der Werkstatt hat, von
ihm zu verlangen, daß der zweite Geselle jedem Meister
gleichzeitig und doppelt eine halbe gleichzeitige miete gehalten
werde."

Die Leipziger Umstau war überall eine bestimmte:
Art. 13 einer braunschweigerischen Ordnung, aus dem Ende
des 16. Jahrhunderts bestimmt:

"Soll et solen die Altagen seines freien Gesellen für zwei
Jahre und Arbeit zu geben, so soll er dem Meister, wenn er
aber ein Gesell auf der Werkstatt hat, nicht zu sehr darunter leben mögen, so ist
der Meister